

# WIR im Lahn-Dill-Kreis

Migration - Integration - Vielfalt

Newsletter 48/2025

## Inhalt

- ❖ Aus der Region  
Seite 2-5
- ❖ Vielfalt in Politik  
und Gesellschaft  
Seite 5-8
- ❖ Flucht und Asyl  
Seite 8-12
- ❖ Arbeit und Bildung  
Seite 12-14
- ❖ Desintegration  
Seite 14-16
- ❖ Migration weltweit  
Seite 16-17
- ❖ Kultur  
Seite 17-18
- ❖ Persönlichkeiten  
Seite 18
- ❖ Impressum  
Seite 19

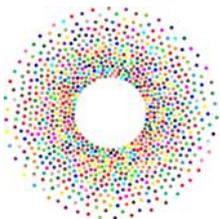
## Liebe Leserinnen und Leser,

*insbesondere beim Thema Migration scheinen die Positionen von Gegnern und Befürwortern kilometerweit auseinanderzuliegen. Befürworter argumentieren, dass sich der Fachkräfte- und Personalmangel ohne Zugewanderte weiter verschärfen wird. Gegner befürchten, dass zunehmende Einwanderung die Aufnahmekapazität des Landes sprengen wird – Positionen, die scheinbar kaum miteinander vereinbar sind. Aber stimmt das so? Eine [Studie](#) unter der Leitung des Mannheimer Soziologen Prof. Dr. Marc Helbling und des Mannheimer Politikwissenschaftlers Prof. Dr. Richard Trautmüller belegt, dass die Präferenzen der Menschen bezüglich der Einwanderung von zwei Faktoren abhängen: den Einreisekriterien sowie den Teilhaberechten, die eingereiste Migranten in Deutschland bekommen. Die Studie zeigt, dass Migrationskritiker mit 40-prozentiger Wahrscheinlichkeit dazu bereit wären, eine größere Zahl an Menschen ins Land zu lassen, wenn die Einreisekriterien verschärft würden. Strengere Einreisekriterien würden beispielsweise bedeuten, dass Migranten mit geeigneten Qualifikationen bei der Ausstellung von Aufenthaltsgenehmigungen priorisiert werden. Unter den Befürwortern von Migration kann sich jeder Dritte eine restriktivere Migrationspolitik vorstellen, wenn dafür im Gegenzug Teilhaberechte, wie der Zugang zu Sozialleistungen und die Teilnahme am Arbeitsmarkt von Migrantinnen und Migranten, großzügiger bemessen würden. Personen, die Präferenzen für mehr oder weniger Einwanderung haben, haben ziemlich ähnliche Vorstellungen, wie Integration stattzufinden hat. So finden Befürworter und Gegner gleichermaßen, dass Migranten möglichst gut die Sprache lernen, Integrationskurse besuchen und nicht vom Sozialstaat abhängig sein sollen. Gleichzeitig sollen sie dieselben Rechte wie Einheimische auf dem Arbeitsmarkt bekommen. Laut Studie sähe somit der von den meisten Menschen begrüßte Kompromiss vor, die Gesamtzahl der Zugewanderten zu reduzieren, die Einreisekriterien zu verschärfen und die Teilhaberechte von Migranten in Deutschland zu erweitern.*

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre. Bleiben Sie optimistisch!

Norbert Wenzel

[Vielfaltszentrum „WIR“ im Lahn-Dill-Kreis](#)



**Neues Motto: „Dafür!“**

**Interkulturelle Woche im LDK 2025**

Dafür! - so lautet das Motto der Interkulturellen Woche (IKW) 2025. In diesem Jahr findet sie bundesweit zum 50. Mal statt. Mit der Interkulturellen Woche vom 19. September bis zum 03. Oktober schaffen wir auch im Lahn-Dill-Kreis Räume – für Dialog, Begegnung, den Abbau von Vorurteilen, für gegenseitiges Verständnis. Menschen sollen gleichberechtigt teilhaben – unabhängig von Herkunft und Glauben. Mit der Interkulturellen Woche setzen wir ein Zeichen gegen Diskriminierung und alle Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Wir setzen uns ein für Menschenrechte und eine menschenwürdige Behandlung von allen, die zu uns kommen und friedlich mit uns leben. Das Vielfaltszentrum des LDK übernimmt auch in diesem Jahr die Koordination und die Erstellung des Programms. Am 02. April findet ein Online-Vernetzungstreffen für interessierte Veranstalter statt. Anmeldung und mehr Infos erhalten Sie vom Vielfaltszentrum [wir@lahn-dill-kreis.de](mailto:wir@lahn-dill-kreis.de).



## **Bewerbungen ab sofort möglich**

### **Zum 7. Mal: Verleihung des Integrationspreises im LDK**

Der Lahn-Dill-Kreis will mit der Verleihung des Integrationspreises ein Zeichen setzen für gelebte Solidarität und die Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung. Wer hat gute Ideen, wo und wie Menschen mit unterschiedlicher Sprache, Herkunft und kulturellem Hintergrund erreicht und zusammengeführt werden können? Wer engagiert sich vielleicht schon länger in diesem Bereich? Diese Fragen stehen im Kern der Ausschreibung des Integrationspreises durch den WIR-Beirat (Integrationsbeirat) des LDK. Sozialdezernent Stephan Aurand: „Der Preis würdigt innovative Ideen und ehrenamtliches Engagement die - besonders auch in der gegenwärtigen Situation - zum gesellschaftlichen Zusammenhalt beitragen und ein Vorbild für weitere Projekte werden können.“ Der Preis ist mit 1.500 Euro dotiert. Bis zum 31. Mai 2025 können Interessierte – egal ob Einzelpersonen, Gruppen oder Vereine – ihre Vorschläge und/oder Bewerbungen per Post oder E-Mail einreichen. Über die Verleihung des Preises entscheidet eine Jury aus Mitgliedern des Beirates. Kontakt: WIR-Beirat des Lahn-Dill-Kreises, Abteilung Soziales und Integration, Karl-Kellner-Ring 51, 35576 Wetzlar, E-Mail: [wir@lahn-dill-kreis](mailto:wir@lahn-dill-kreis.de).

## **Für eine offene und inklusive Gesellschaft**

### **Braunfels hat jetzt WIR-Integrationslotsen**

Die Stadt Braunfels hat im Dezember neun Integrationslotsen ernannt, um die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund und Flüchtlingen aktiv zu fördern. Diese ehrenamtlich tätigen Lotsen spielen eine zentrale Rolle dabei, Neuankömmlinge bei alltäglichen Herausforderungen zu unterstützen. Zu ihren Aufgaben zählen insbesondere die Begleitung bei Behördengängen, die Überwindung von Sprachbarrieren sowie die Unterstützung bei kulturellen und sozialen Anpassungsprozessen. Die Ausbildung und Begleitung von Integrationslotsen ist Bestandteil des hessischen [Landesprogramms WIR](#). Das Freiwilligenzentrum Lahn-Dill e.V. hat dabei in Kooperation mit der Stadt die Schulung der Integrationslotsen übernommen.

## **Bundestagswahl 2025**

### **Viele Wähler mit Migrationshintergrund in Hessen**

Bei der am 23. Februar vorgesehenen [Bundestagswahl](#) dürfte rund ein Drittel der hessischen Bevölkerung mit ausländischen Wurzeln wahlberechtigt sein. Laut dem jüngsten Mikrozensus hat es 2023 etwa 1,7 Millionen Menschen ab 18 Jahren mit Einwanderungsgeschichte im Bundesland gegeben. Somit hätten in 2023 in Hessen 692.000 Bürger mit ausländischen Wurzeln bei einer Bundestagswahl wählen dürfen, weil sie volljährig waren und einen deutschen Pass besaßen. Das entsprach 16 Prozent aller Wahlberechtigten in Hessen.

## **Trotz Rückständen in der Bearbeitung Einbürgerungen in Hessen auf dem Höchststand**

In Hessen wurden im vergangenen Jahr 24.870 Menschen eingebürgert – noch nie so viele wie seit Beginn der Zählung. Das Regierungspräsidium (RP) Darmstadt hat dabei einen Rekord vermeldet: Im Jahr 2024 sind demnach 20.000 Einbürgerungsentscheidungen getroffen wurden, davon rund 19.000 positiv. Das sind 80 Prozent mehr als im Vorjahr - und so viele, wie seit Beginn der Zählung im Jahr 2007 nicht. Auch das RP Kassel und das RP Gießen vermelden Höchstwerte für das vergangene Jahr: Mit über 3.300 in Kassel und rund 2.400 in Gießen beläuft sich die Zahl der positiven Einbürgerungsentscheidungen hessenweit für das Jahr 2024 auf 24.870. Gleichzeitig wachsen aber auch die [Bearbeitungsrückstände](#), hier am Beispiel des RP Gießen erläutert.

## **Rückkehr-Debatte in Hessen**

### **Syrische Flüchtlinge längst auf dem Arbeitsmarkt angekommen**

Nach dem Ende der Assad-Herrschaft in Syrien wird in der Politik über die Rückkehr von Flüchtlingen diskutiert. Doch viele von ihnen sind in Hessen schon längst ins Berufsleben integriert und haben hier eine zweite Heimat gefunden. Für ihre Arbeitgeber wären sie schwer zu ersetzen. In Hessen sind nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit 18.000 syrische Geflüchtete tätig (Stand Dezember 2024). Viele von ihnen arbeiten laut Forscherin [Kosyakova vom IAB](#) in sogenannten systemrelevanten Berufen, also etwa in Gesundheitsberufen, bei Bus- und Bahnbetrieben, in der Logistikbranche oder in Lebensmittelgeschäften. In Hessen arbeiten nach Angaben der [Bundesärztekammer 278 syrische Ärztinnen und Ärzte](#) (Stand 2023). Sowie weitere 281, die in Syrien geboren sind, aber mittlerweile die deutsche Staatsbürgerschaft haben.

## **Hessisches Sozialministerium**

### **Bezahlkarte für Flüchtlinge in der EAEH Gießen gestartet**

Eine Neuerung für Flüchtlinge in Hessen ist die [Einführung der Bezahlkarte](#), die seit Mitte Dezember bisher ausschließlich in der EAEH in Gießen ausgegeben wird. Die Bezahlkarte ist eine guthabenbasierte Debitkarte ohne Kontobindung, bei der eine Überziehung des Guthabenbetrags nicht möglich ist. Sie kann in Geschäften eingesetzt werden, die Visa akzeptieren. Außerdem kann an allen Geldautomaten in Deutschland und bei teilnehmenden Einzelhändlern im Rahmen des Einkaufs kostenlos Geld abgehoben werden – bis zum maximal verfügbaren Bargelddbetrag von 50 Euro. Die Karte kann sowohl als physische Karte ausgegeben werden als auch zur Nutzung über eine App. Überweisungen ins Ausland sind ausgeschlossen. Laut dem Innenministerium fehlen noch »belastbare Erfahrungswerte« beim Einsatz der Bezahlkarte, die Geldzahlungen an Schleuser und Überweisungen in die Heimat verhindern soll.

## Abschiebung trotz Ausbildungsplatz

### Nach Protesten Hoffnung auf Rückkehr

Die Abschiebung der 18 Jahre alten [Aysu Muradova](#) nach Aserbaidschan trotz eines Ausbildungsplatzes im Lindener Seniorenzentrum hat viele Menschen im Kreis Gießen bewegt. Nun gibt es Hoffnung, dass die Frau im Frühjahr zurückkehren kann. Mitte September 2024 wurde sie bei einem Behördenbesuch in Gießen unvermittelt abgeschoben. Nun gibt es Bewegung in dem Fall. So könnte die 30 Monate lange Sperrfrist für eine mögliche Rückreise deutlich verkürzt werden. Die Entscheidung liegt bei der Ausländerbehörde des Landkreises.

## Vielfalt in Politik und Gesellschaft

### Bundestagswahl

#### Unterschiedliche Konzepte zur Migration

Zuwanderung und Flucht bewegen die Wählerinnen und Wähler. [Im ARD-Deutschlandtrend von Anfang Januar](#) sagen 37 Prozent der Befragten, dass Migration für sie aktuell das wichtigste politische Problem ist. Erst danach folgen Wirtschaft und internationale Konflikte wie der Krieg in der Ukraine. Die Parteien bieten für dieses Problem unterschiedliche Lösungen an. Eine Übersicht hat [BR 24](#) erstellt. Eine gute Übersicht bietet auch der [Wahl-O-Mat](#) der Bundeszentrale für politische Bildung zur Bundestagswahl, der am 06. Februar freigeschaltet wird. Ergänzend lohnt auch ein Blick in den Real-O-Mat: der [Real-O-Mat](#) schaut nicht auf die Wahlversprechen, sondern gleicht das tatsächliche Abstimmungsverhalten der Parteien zu aktuellen politischen Themen mit Ihrer persönlichen Position ab. Grundlage sind dabei Anträge und Gesetzentwürfe im Bundestag.

### Bundestagswahl

#### Studie: Was beschäftigt Migranten?

Ein Großteil der deutschen Wählerinnen und Wähler mit Migrationsgeschichte vertraut eher Parteien aus dem Spektrum Mitte-Links. Lediglich bei Zuwanderern aus der ehemaligen Sowjetunion und ihren Nachkommen haben CDU und CSU einen relativ guten Stand, wie eine aktuelle Studie des [Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung](#) (Dezim) zeigt. Demnach ähneln sich die Sorgen der Wahlberechtigten mit und ohne Einwanderungsgeschichte. Die schwächelnde deutsche Wirtschaft und die Inflation ist für alle Deutschen derzeit das Problemfeld Nummer eins (Stand Dezember 2024). Die Daten zeigen zudem, dass Menschen mit Migrationserfahrung besonders häufig befürchten, Opfer einer Straftat zu werden. Dabei spielen nach Einschätzung der Autoren auch die materiellen Lebensumstände eine Rolle: „Prekäre wirtschaftliche Umgebungen und mangelnder Wohnraum sind oft mit einer höheren Kriminalitätsrate verbunden“, heißt es in der Studie.

## **Engagementbericht der Bundesregierung** **Wie sich Menschen mit Migrationshintergrund engagieren**

Die Bundesregierung hat den vierten Engagementbericht abgeschlossen, der zum Januar 2025 veröffentlicht werden soll. Ein Ergebnis ist bereits bekannt: Menschen mit Migrationshintergrund bilden 22,1 Prozent der formell Engagierten. 77,9 Prozent haben keinen Migrationshintergrund. Im informellen Bereich – etwa in der Nachbarschaft – engagieren sich Menschen mit Migrationshintergrund deutlich häufiger (38,3 Prozent). Der Grund: Es gebe viele Hürden, die Menschen mit Migrationshintergrund den Zugang zu offiziellen Strukturen erschwerten. Informationen zum vierten Engagementbericht finden Sie [hier](#).

## **Bundesinstitut für Bevölkerungsentwicklung** **Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund neu entdecken**

Eine [neue Publikation](#) vermittelt detaillierte Einblicke in die Sozialstruktur der Menschen mit Migrationshintergrund entlang von Alter und Geschlecht. Verschiedene Bevölkerungspyramiden zeigen grafisch anschaulich, wie sich diese Bevölkerungsgruppe in den letzten beiden Jahrzehnten verändert hat und wie sie sich von der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund unterscheidet. Als Datengrundlage dient der Mikrozensus, die größte jährliche Haushaltsbefragung der amtlichen Statistik in Deutschland. Durch die internationale Zuwanderung ist die Bevölkerung in Deutschland vielfältiger geworden. Da die Zuwanderung von Menschen jüngeren und mittleren Alters geprägt ist, mildert sie den demografischen Wandel und die damit einhergehende Alterung der Bevölkerung leicht ab. Dennoch ist heute jede zweite Person in Deutschland älter als 45 und jede fünfte Person älter als 66 Jahre. Bis Mitte der 2030er Jahre prognostiziert das Statistische Bundesamt einen deutlichen Anstieg der Menschen im Rentenalter von derzeit 16,4 Millionen auf mindestens 20 Millionen. Diesen Anstieg kann Zuwanderung leicht abmildern.

## **14. Integrationsbericht** **Trend zu mehr Einbürgerungen**

Die noch amtierende [Bundesregierung](#) hat die Wartezeiten für die Einbürgerung verkürzt. Geduldete erhielten neue Perspektiven. Eine unbefristete Erlaubnis zum Aufenthalt in Deutschland besaßen demnach im vergangenen Jahr 2,9 Millionen Menschen. Die Zahl der Menschen, die durch Einbürgerung Deutsche wurden, war 2023 mit rund 194.000 Einbürgerungen so hoch wie noch nie. Dass dieser Trend in diesem Jahr noch zugenommen hat, liegt daran, dass viele Syrer und andere Ausländer, die in den Jahren 2015 und 2016 nach Deutschland gekommen waren, inzwischen die Voraussetzungen für eine Einbürgerung erfüllen. Ein weiterer Faktor ist das seit Juni geltende neue Staatsangehörigkeitsgesetz. Es sieht verkürzte Wartezeiten vor und erlaubt grundsätzlich die Mehrstaatigkeit.

## SRV-Integrationsbarometer 2024

### Leichte Abschwächung des positiven Trends

Die Mehrheit der Bevölkerung sieht das Integrationsklima in Deutschland weiterhin positiv, allerdings schlechter als vor zwei Jahren. Das zeigt eine [repräsentative Untersuchung](#) des Sachverständigenrats für Integration und Migration (SRV) für die zwischen November 2023 und Anfang Juli 2024 bundesweit mehr als 15.000 Menschen mit und ohne Migrationshintergrund befragt worden waren. Überdurchschnittlich skeptisch äußern sich Männer ohne Migrationshintergrund und Ostdeutsche.

## Statistisches Bundesamt

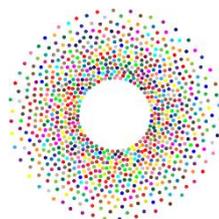
### Menschen mit Einwanderungsgeschichte im öffentlichen Dienst unterrepräsentiert

Menschen mit Einwanderungsgeschichte sind im öffentlichen Dienst in Deutschland unterrepräsentiert. 11 % der Menschen mit Einwanderungsgeschichte im Alter von 15 bis 64 Jahren waren 2023 im öffentlichen Dienst beschäftigt, wie das Statistische Bundesamt (Destatis) anlässlich der Veröffentlichung des [Dashboards Integration](#) auf Grundlage von Ergebnissen des Mikrozensus mitteilt. Der Anteil war damit etwa halb so hoch wie bei Menschen ohne Einwanderungsgeschichte: [Von ihnen waren 20 % im öffentlichen Dienst](#), also beispielsweise als Lehrer/in, Erzieher/in, Polizist/in oder Sachbearbeiter/in tätig. Eine Einwanderungsgeschichte haben Personen, die entweder selbst oder deren beide Elternteile seit 1950 nach Deutschland eingewandert sind.

## Deutschland ist Einwanderungsland

### Jeder 5. neue Polizist in Hamburg hat Migrationserfahrung

Etwa jeder fünfte neu eingestellte Polizist oder Polizistin in Hamburg hat einen Migrationshintergrund. Demnach betrug im vergangenen Jahr der [Anteil der Neueinstellungen](#), bei denen die Kandidaten und Kandidatinnen einen Migrationshintergrund hatten, mehr als 21 Prozent. Den Angaben zufolge lag der Anteil 2023 bei 23, 2022 bei mehr als 21 Prozent. Im Vergleich zur Zeit vor der Pandemie ist das ein deutlicher Zuwachs. 2021 lag die Quote noch bei 13 Prozent. Der Hamburger Senat wirbt für den Polizeidienst unter anderem mit der Kampagne [„Jobs so bunt wie das Leben“](#) aktiv um Bewerbungen von Menschen mit Migrationshintergrund. Ziel: Die Zusammensetzung der hamburgischen Gesellschaft soll sich mittelfristig auch im Polizeidienst widerspiegeln.



## Sprachjury aus Marburg

### „Biodeutsch“ ist das Unwort des Jahres 2024

„[Biodeutsch](#)“ ist Unwort des Jahres 2024. Das hat eine Jury aus Sprachwissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern im hessischen Marburg bekannt gegeben. Der Ausdruck sei im vergangenen Jahr verstärkt im öffentlichen und gesellschaftlichen Sprachgebrauch sowie vor allem in den sozialen Medien verwendet worden, um Menschen vor dem Hintergrund vermeintlich biologischer Abstammungskriterien einzuteilen, zu bewerten und zu diskriminieren, begründete die Jury. Die mit dem wörtlichen Gebrauch von „biodeutsch“ einhergehende Unterteilung in angeblich ‚echte‘ Deutsche und in Deutsche zweiter Klasse sei eine Form von Alltagsrassismus. Etabliert habe das Wort „biodeutsch“ ursprünglich der Kabarettist und Cartoonist [Muhsin Omurca](#) als ironische Fremdbezeichnung. Seit mehreren Jahren aber werde der Ausdruck sehr gedankenlos und wörtlich gemeint genutzt. Dabei werde ‚Deutschsein‘ naturbezogen begründet, um eine Abgrenzung und Abwertung von Deutschen mit Migrationsbiographie vorzunehmen.

## Studie zur NS-Zeit

### Wissenslücken beim Thema Holocaust

Bei jungen Generationen gibt es einer internationalen Studie zufolge zunehmend Wissenslücken beim Thema Holocaust. Die [Umfrage im Auftrag der Jewish Claims Conference](#) ergab, dass fast 40 Prozent der Befragten zwischen 18 und 29 Jahren in Deutschland keine korrekten historischen Angaben zur NS-Zeit machen konnten – etwa dass bis zu sechs Millionen Juden ermordet wurden. Jeder zehnte Erwachsene kennt demnach die Begriffe Holocaust oder Schoah nicht. Laut der Umfrage existieren in anderen Ländern teils noch deutlich höhere Wissenslücken zur systematischen Verfolgung und Ermordung europäischer Juden durch die Nationalsozialisten und deren Unterstützer. Der Zentralrat der Juden in Deutschland nannte die Ergebnisse alarmierend.

## Flucht und Asyl

## Neue Studie

### Flüchtlinge schicken selten Geld nach Hause

Die Zahl der Rücküberweisungen ins Ausland hat in den vergangenen Jahren weltweit – so auch in Deutschland – zugenommen. Doch eine neue Auswertung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) auf Basis von Geflüchteten-Befragungen zeigt: Nur 7 Prozent der Geflüchteten überweisen Geld in ihre Heimatländer. Der Anteil ist in den letzten Jahren sogar zurückgegangen. Hier geht es zur [neuen Auswertung des DIW](#) „Geflüchtete senden seltener Geld ins Ausland als andere Migrant\*innen“.

8

## **Traumatische Erfahrungen bei 75% der Flüchtlinge** **Betreuung von Flüchtlingen mit psychischen Erkrankungen unzureichend**

Die Psychiaterin Barbara Wolff sieht bei der Versorgung von traumatisierten Flüchtlingen in Deutschland „große Defizite“. Es gebe in Deutschland bislang [48 psychosoziale Zentren](#) für Menschen, die vor Krieg und Folter geflüchtet seien, sagte Wolff dem [WDR-Radio](#) in Köln. Diese Zahl sei zu gering. Nach Einschätzung von Wolff, die dem Vorstand der Bundesweiten Arbeitsgemeinschaft Psychosozialer Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer angehört, hat das „Gros der Menschen“, das nach Deutschland flüchtet, traumatische Erfahrungen gemacht. Etwa 30 Prozent der Flüchtlinge litten unter einer Posttraumatischen Belastungsstörung (PTBS). Ein Manko sei zudem, dass es in der psychiatrischen Behandlung von geflüchteten und traumatisierten Menschen an Dolmetschern fehle. Der Grund: Die Dolmetscher würden bei psychiatrischen Behandlungen nicht bezahlt.

## **Migrationsbericht 2023** **Zahl humanitärer Aufnahmen massiv gesunken**

Die Zahl der humanitären Aufnahmen in Deutschland ist 2023 deutlich zurückgegangen – weit hinter den Zusagen der Bundesregierung. Wie aus dem aktuellen [Migrationsbericht](#) hervorgeht, erhielten im vergangenen Jahr lediglich 4.351 Menschen einen Aufenthaltstitel aus völkerrechtlichen oder dringenden humanitären Gründen. Zum Vergleich: 2022 waren es noch 17.425, überwiegend Afghaninnen und Afghanen. Auch über Resettlement-Programme, mit denen besonders schutzbedürftige Personen in Kooperation mit dem UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR nach Deutschland gebracht werden, kamen deutlich weniger Menschen. 2023 waren es nur 2.352 Aufnahmen, im Vorjahr noch 2.500. Dabei hatte die Bundesregierung ursprünglich bis zu 6.500 Plätze für diese Programme zugesagt.

## **Zahlen für 2024** **Deutlich weniger Asylanträge in Europa**

Weltweit gibt es immer mehr Flüchtlinge, die meisten fliehen nach wie vor aus bekannten Krisenregionen. Wie Zahlen der [EU-Asylagentur](#) zeigen, kommen die Menschen offenbar immer seltener nach Europa. Die Zahl der Asylanträge ging 2024 zurück. In der EU sowie Norwegen und der Schweiz sind im vergangenen Jahr einem insgesamt rund 1 Millionen Asylerstanträge gestellt worden. Das waren zwölf Prozent weniger als im Vorjahr. Spitzenreiter bei der Zahl der Asylanträge bleibt Deutschland. Wie aus den vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) veröffentlichten [Schlüsselzahlen 2024](#) hervorgeht, gab es 2024 knapp 230.000 Erstanträge auf Schutz in Deutschland. Das waren gut 30 Prozent weniger als im Jahr zuvor.

## Zahlen und Fakten

### Alles zum Thema Abschiebungen

Eine Abschiebung ist eine staatliche Zwangsmaßnahme: Die Polizei bringt einen Drittstaatsangehörigen ohne Aufenthaltsstatus außer Landes – im äußersten Fall mit Gewalt. Immer öfter fordern Politiker ein konsequenteres Durchgreifen bei Abschiebungen. Doch nicht jeder abgelehnte Asylbewerber ist "unmittelbar ausreisepflichtig" und viele verlassen das Land freiwillig. Beim [Mediendienst](#) finden Sie alle Informationen zum Thema Abschiebungen und „freiwillige“ Ausreisen.

## Sozialforschung

### Flüchtlinge zieht es oft in wirtschaftlich schwache Städte

Flüchtlinge, die nach der Aufhebung der Wohnsitzbeschränkungen umziehen, lassen sich laut bisherigen Untersuchungen vor allem in Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit nieder. Die Gründe für diesen Befund hat die Studie des [Wissenschaftszentrum für Sozialforschung](#) Berlin erstmals näher beleuchtet. Die Forscher kommen zu dem Schluss, dass der Wohnungsmarkt eine entscheidende Rolle spielt. Wohnraum in wirtschaftlich attraktiven Lagen ist knapp und teuer. Flüchtlinge weichen daher oft in Städte strukturschwacher Regionen aus, wo sie überhaupt erst die Chance auf eine Wohnung haben. Gleichzeitig sind Flüchtlinge oft auf die Infrastrukturen größerer Städte angewiesen. Hier finden sie zum Beispiel soziale Kontakte zu anderen Einwanderern und deren Nachfahren, die ihnen ein Gefühl von Zugehörigkeit vermitteln und sie oft bei den weiteren Schritten in Deutschland unterstützen. Die Studie ist frei zugänglich und kann [hier](#) eingesehen werden.

## Bundesinnenministerium

### Menschen aus Syrien in Deutschland

Laut Bundesinnenministerium lebten Ende Oktober rund 974.100 syrische Staatsbürger in Deutschland. Ein Großteil von ihnen kam als Flüchtling nach Deutschland. Nach Informationen des Statistischen Bundesamtes galten Ende 2023 rund 712.000 von ihnen als Schutzsuchende. Dazu zählen alle Ausländer, die sich unter Berufung auf humanitäre Gründe in Deutschland aufhalten, darunter Asylbewerber im Verfahren, abgelehnte Asylbewerber sowie Personen, die vorläufigen Schutz genießen. Ein erheblicher Teil dieser Menschen kam während der [Flüchtlingswelle 2015 nach Deutschland](#), als mehr als 320.000 Syrer hier Schutz suchten. Während viele von ihnen inzwischen einen dauerhaften Aufenthaltstitel besitzen, befindet sich ein kleinerer Teil im Duldungsstatus. Unter den Eingebürgerten waren syrische Staatsangehörige im vergangenen Jahr die größte Gruppe, erklärte das Statistische Bundesamt. Ihre Zahl stieg auf 75.500. Im Durchschnitt lebten sie hierzulande 6,8 Jahre, bevor sie den deutschen Pass bekamen. Bis Ende 2023 erhielten insgesamt mehr als 160.000 Syrerinnen und Syrer die deutsche Staatsbürgerschaft. Weitere Zahlen und Fakten finden Sie [hier](#).

## Nach Umsturz in Syrien Kritik an Abschiebedebatte

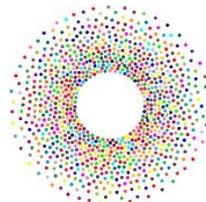
Auf den Umsturz in Syrien folgte in Deutschland eine Abschiebedebatte. [Ryan Alshebl](#), Bürgermeister im Schwarzwald und 2015 selbst syrischer Flüchtling, äußerte Kritik hierzu im zdf-Interview. Das UNHCR hat vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen ein [Positionspapier](#) zur Frage der Rückkehr von Geflüchteten nach Syrien veröffentlicht. Darin wird gefordert, zum aktuellen Zeitpunkt von Abschiebungen nach Syrien abzusehen. Darüber hinaus seien die Voraussetzungen, um den Schutzstatus syrischer Flüchtlinge zu beenden, derzeit nicht gegeben.

## Aufnahmezusagen Afghanistan Lässt Bundesregierung bedrohte Menschen im Stich?

Gemessen an den selbst gesteckten Zielen der Bundesregierung fällt die Bilanz gut zwei Jahre später ernüchternd aus: Die [Aufnahme-Zusagen](#) für einheimische Ortskräfte liegen mit insgesamt 3.055 Personen für einen Zeitraum von 25 Monaten weit unter dem angestrebten Niveau. Von dem 2022 gestarteten Bundaufnahmeprogramm sollten pro Monat 1.000 Betroffene und ihre Familien profitieren. Weitere Zusagen soll es aktuell nicht geben. Die Entscheidung wurde mit Sicherheitsbedenken begründet.

## Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation Bessere Inklusion von Flüchtlingen mit Behinderung

Schätzungsweise 10 bis 15 Prozent aller Flüchtlinge weltweit sind Menschen mit Behinderung. Nach Angaben des Bundesinnenministeriums leben derzeit ca. 3,3 Millionen Schutzsuchende in Deutschland. Dazu zählen alle Ausländerinnen und Ausländer, die aufgrund unterschiedlicher humanitärer Gründe einen Aufenthaltstitel haben sowie Asylbewerberinnen und -bewerber im Verfahren sowie solche, die abgelehnt wurden. Crossroads HI geht daher für Deutschland von [330.000 bis 495.000 Schutzsuchenden mit Behinderung](#) aus. Geflüchtete Menschen mit Behinderung seien bei ihrer Aufnahme und Integration mit hohen Barrieren konfrontiert, denn ihr spezifischer Bedarf würde im staatlichen Prozess der Aufnahme und Integration zu wenig beachtet, weil dabei das Kriterium Behinderung nicht systematisch berücksichtigt würde. Eine Bundesarbeitsgemeinschaft (BAR) plädiert für eine systematische Berücksichtigung der Bedarfe von Flüchtlingen mit Einschränkungen.



## Einsamkeitsbarometer

### Einsamkeit als gesellschaftliches Problem

Insbesondere drei Gruppen leiden unter Einsamkeit: junge Menschen, Flüchtlinge und Menschen mit geringem Einkommen oder Arbeitslose. Einsamkeit kann chronisch werden und zunehmend mehr Menschen betreffen, mit negativen Auswirkungen für Gesundheit und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Einsame Menschen haben zudem eine geringere soziale und politische Teilhabe. Letztlich kann eine starke Zunahme von Einsamkeit zu einer sozialen und politischen Polarisierung der Gesellschaft beitragen. [So gibt es auch Erkenntnisse](#), dass Einsamkeit das Vertrauen in politische Institutionen sinken lässt und damit empfänglicher macht für Verschwörungserzählungen. Die Bundesregierung hat vor kurzem ein „Einsamkeitsbarometer“ erstellt und eine Strategie mit Maßnahmen präsentiert.

## Arbeit und Bildung

### Arbeitsmigration

#### Fast ein Viertel der Beschäftigten in Europa ist eingewandert

Der Anteil von Arbeitsmigranten an der Erwerbsbevölkerung in Nord-, Süd- und Westeuropa steigt weiter an. Wie die Internationale Arbeitsorganisation [ILO](#) in ihrem jüngsten Bericht ([PDF](#)) mitteilte, betrug er 2022 fast ein Viertel: 23,3 Prozent. Keine andere Weltregion beschäftigt so viele Migrantinnen und Migranten. 2013 waren es 22,5 Prozent. Die Zahlen spiegeln einen globalen Trend wider: Seit 2013 steigt die Zahl der Arbeitsmigrantinnen und -migranten um jährlich rund drei Prozent. Die meisten davon sind zwischen 25 und 54 Jahre alt (74,9 Prozent), mehrheitlich männlich (61,3 Prozent) und gehen in Länder mit hohem Einkommen (68,4 Prozent).

### 14. Integrationsbericht der Bundesregierung

#### Erfolgsgeschichte Arbeitsmarktintegration

Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung hat den [14. Integrationsbericht](#) vorgestellt. Dieses Jahr ist das Thema Arbeitsmarkt der Schwerpunkt: Ohne ausländische Arbeitskräfte käme der deutsche Arbeitsmarkt nicht mehr zurecht. Zwei Drittel der nicht-deutschen Beschäftigten üben eine qualifizierte Tätigkeit aus – viele in „Engpassberufen“. Zum ersten Mal wird der Bericht durch ein digitales „Dashboard Integration“ des Statistischen Bundesamts ergänzt, in der die wichtigsten Daten aufbereitet sind.

## DeZIM-Studie

### Integrationskurse bringen Flüchtlinge schneller in Jobs

Im Haushaltsentwurf der Bundesregierung sind nur noch halb so viel Mittel für die Sprachförderung vorgesehen. [Eine Studie](#) von Forschern in Deutschland, Großbritannien und den USA deutet jedoch darauf hin, dass hier an der falschen Stelle gespart würde. Integrationskurse haben einen deutlichen Einfluss auf die Beschäftigungsquote Geflüchteter. Unterschiede zwischen Teilnehmenden und Nicht-Teilnehmenden zeigten sich bereits wenige Monate nach Kursbeginn und waren nach 18 Monaten besonders deutlich. Mit der Studie liegen nun erstmals Erkenntnisse zur Wirksamkeit von Sprachkursen hinsichtlich der Arbeitsmarktintegration vor. Besonders eindrücklich ist dabei der Vergleich mit den „Deutsch-Einstiegskursen“, die Ende 2015 auf dem Höhepunkt der Fluchtmigration von der Bundesagentur für Arbeit (BA) rasch aufgesetzt wurden und weniger umfangreich und strukturiert waren. So konnten die Forscher hier keinen Unterschied zwischen den Beschäftigungsquoten von Teilnehmenden und Nicht-Teilnehmenden feststellen – auch fast zwei Jahre nach Kursbeginn nicht.

## BAMF-Infothek

### Informationen zum Gesamtprogramm Sprache 2025

Vor dem Hintergrund der aktuellen Bundeshaushaltssituation hat das BAMF Informationen über wichtige vorübergehende Änderungen im Gesamtprogramm Sprache (GPS) veröffentlicht. Neuausrichtung der Kursarten: Es entfallen künftig die Kursarten Eltern-, Frauen- und Jugendintegrationskurs sowie Förderkurs. Änderung bei der Wiederholungszulassung: Die Förderung von Wiederholungsstunden wird weitgehend eingestellt. Änderung der Fahrtkostenregelung: Fahrtkostenzuschüsse werden künftig nur noch für einen eingeschränkten Personenkreis und erst ab einer Entfernung von 5 Kilometern gewährt. Anders als zunächst angenommen treffen die Kürzungen nun auch die Berufssprachkurse für Migrantinnen und Migranten, die Arbeit suchen oder bereits arbeiten. Einige Kurse werden laut Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) nicht stattfinden können. Informationen zu weiteren Kürzungen im Bereich der Berufssprachkurse finden Sie auf der [Homepage des BAMF](#).

## Flüchtlinge aus der Ukraine

### Warum scheitern viele im Integrationskurs?

Nur etwa die Hälfte der Ukrainerinnen und Ukrainer könne am Ende der Integrations- und Sprachkurse mindestens das Niveau B1 nachweisen. Für hochqualifizierte Berufe, etwa im medizinischen Bereich, wird dieses Niveau aber häufig vorausgesetzt. Was sind die Gründe für die hohen Durchfallquoten? Zum einen gibt es Ukrainerinnen und Ukrainer, die die Sprachkurse wegen eines Jobs, eines Wegzugs oder anderer Gründe vorzeitig verlassen. Doch [Fachleute kritisieren](#) auch: Der Schwierigkeitsgrad der Prüfungen sei oft zu hoch. Die vom Bamf verordneten Sprachkurse seien zu bürokratisch, würden Berufseinstiege verhindern und die Sprachkompetenz nicht fördern, kritisiert Bernd Käßlinger, Professor für Weiterbildung von der Universität Gießen.

13

## **IW-Köln-Studie**

### **Syrer arbeiten dort, wo Arbeitskräfte fehlen**

Etwa 80.000 Syrer arbeiten in Deutschland in Engpassberufen, wie aus einer Studie des [arbeitgebernahen Instituts der deutschen Wirtschaft](#) (IW) hervorgeht. In einigen vom Fachkräftemangel besonders betroffenen Berufen sind demnach viele Menschen aus Syrien tätig. Mehr als 4000 arbeiteten zuletzt als Kfz-Mechatroniker. In der Kraftfahrzeugtechnik können laut IW fast sieben von zehn offenen Stellen nicht mit passend qualifizierten Fachkräften besetzt werden. Eine große Zahl an Syrern ist auch in anderen Engpassberufen zu finden. In der Zahnmedizin waren es den Statistiken zufolge etwa 2470 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, in der Kinderbetreuung und -erziehung 2260 und in der Gesundheits- und Krankenpflege 2160. Viele Menschen aus Syrien haben klimarelevante Jobs in der Bauelektrik (2100) sowie der Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik (1570).

## **Wenn Babyboomer in Rente gehen**

### **Für Wachstum ist kräftiges Migrationsplus erforderlich**

Deutschland geht es wirtschaftlich seit geraumer Zeit nicht gut. Es brauche nun Wachstumsimpulse, sagen viele Experten und Politiker. Allerdings müsse es dafür auch Arbeitskräfte geben, stellt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in einer Studie klar. Doch deren Zahl nimmt kontinuierlich ab. Die Lösung: [deutlich mehr Zuwanderung](#). Ohne kräftige Zuwanderung werden die Produktionsmöglichkeiten der deutschen Wirtschaft einer Studie zufolge stark schrumpfen. Die Wachstumsrate sinke dann zwischen 2024 und 2029 auf lediglich 0,4 Prozent, heißt es in den Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), die der Nachrichtenagentur Reuters vorlagen. Zwischen 2015 und 2023 habe das Produktionspotenzial noch bei durchschnittlich 1,2 Prozent gelegen.

## **Desintegration**

## **RIAS-Analyse**

### **Rechtsextremismus ist oft Hintergrund antisemitischer Vorfälle**

Der Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus (RIAS) hat in den vergangenen Jahren tausende antisemitische Vorfälle in Deutschland erfasst. Von 2019 bis 2023 seien insgesamt 13.654 Fälle bekannt geworden, heißt es in der [Studie „Rechtsextremismus und Antisemitismus“](#). Danach haben die meisten Vorfälle einen rechtsextremen Hintergrund – und ganz selten einen „islamistischen“.

## **Institut für Menschenrechte**

### **Migrationspolitik in der Kritik**

Das [Deutsche Institut für Menschenrechte](#) (DIMR) kritisiert die jüngsten Entwicklungen in der deutschen Migrationspolitik. Im 9. Menschenrechtsbericht, den das Institut vorgestellt hat, beklagt das DIMR unter anderem „einschneidende Verschärfungen“ im Migrationsrecht sowie eine Politik, „die auf Abwehr und Abschreckung von Schutzsuchenden setzt“. DIMR-Direktorin Beate Rudolf sagte, dass es ihr große Sorgen bereite, dass „Politiker demokratischer Parteien vorschlagen, das Grundrecht auf Asyl abzuschaffen, oder dass sie das menschenwürdige Existenzminimum infrage stellen“. Viele Menschen würden denken, das betreffe sie nicht – aber das sei falsch. Wenn heute das Existenzminimum von Schutzsuchenden abgesenkt werde, könne es morgen andere treffen. Menschenrechte gelten entweder für alle oder für niemanden, so die Institutsdirektorin. Das Institut warnt nachdrücklich davor, schutzsuchende oder zugewanderte Menschen pauschal als Gefahr darzustellen und damit weiteren Spannungen und Feindseligkeiten bis hin zu Gewalttaten Vorschub zu leisten.

## **Feindbild Migration**

### **Zusammenleben in der Migrationsgesellschaft**

Fehl- und Desinformationen sind ein zunehmendes Problem für die pluralistische Demokratie. In Deutschland drehen sie sich besonders häufig um das Thema Migration. Das Ziel: Menschen verunsichern, die Gesellschaft spalten und Feindbilder kreieren. Die „Neuen deutschen Medienmacher\*innen“ sind ein ehrenamtlicher Verein, der sich für mehr Vielfalt im Journalismus starkmacht. Mit einer neuen Veröffentlichung werden die 10 [bekanntesten Narrative zu Migration](#) geprüft. Unter migrationsfeindlichen Narrativen versteht man Erzählungen über Migration und Migranten, die (im Internet) weitverbreitet sind und auf Falschinformationen basieren. Oft entstehen sie durch das Hervorheben oder Weglassen von Einzelheiten bestimmter Ereignisse. In der Regel bestätigen und/oder beinhalten migrationsfeindliche Narrative ein Weltbild, das geprägt ist von Rassismus sowie Demokratie- und Medienfeindlichkeit.

## **Regierungsbericht**

### **Altersdiskriminierung um 70% gestiegen**

Fälle von Altersdiskriminierung haben einem Regierungsbericht zufolge stark zugenommen. Entsprechende Anzeigen seien 2023 um 70 Prozent verglichen mit dem Vorjahr gestiegen. Nachzulesen ist das im [Altersbericht der Bundesregierung](#). Der Bericht zur Situation älterer Menschen in Deutschland wird einmal pro Legislatur erstellt und wurde nun zum neunten Mal vorgelegt. Dieses Mal wurden die Themen Vielfalt und Teilhabe älterer Menschen in den Fokus genommen.

## „Anti-Woke“ Kurs

### Firmen wollen weniger divers sein

In den USA ist die Antihaltung gegenüber Diversität schon länger Realität, zum Beispiel durch das aggressive Vorgehen von sogenannten Anti-Woke-Influencern und -Initiativen. „Woke“ bedeutet eigentlich Wachsamkeit gegenüber Missständen. Doch in den [USA](#) ging dieser Trend vielen zu weit. Das führt dazu, dass Unternehmen sich von dem Thema distanzieren, ihr Engagement einstellen oder Diversitätsbudgets und -personal kürzen. [McDonalds](#) zum Beispiel schließt sich einer Reihe von großen Unternehmen an, die ihre Ziele für Diversität, Gleichberechtigung und Inklusion fallen lassen. Eine Rolle dabei spielt in den USA als auch in europäischen Ländern ein deutlicher Rechtsruck in der Politik. Trump beendete etwa Durchführungsverordnungen aus der Ära Biden, die "Diskriminierung aufgrund der Geschlechtsidentität oder der sexuellen Ausrichtung" verhindern sollten. Damit einher geht eine in Gesellschaft und Wirtschaft zunehmend wahrnehmbare Distanzierung vom Thema Vielfalt, welche sich in der aktuell angespannten wirtschaftlichen Lage auch in Deutschland noch weiter verstärken könnte.

## Migration weltweit

### Weihnachten in Spanien

#### 1.700 Flüchtlinge erreichen die Kanaren

Auf den zu Spanien gehörenden Kanarischen Inseln sind über Weihnachten laut [Medienberichten](#) mehr als 1.700 Migranten auf insgesamt 28 Booten irregulär angekommen. Mehr als 500 von ihnen hätten aus Seenot gerettet werden müssen. Viele kommen aus Afrika. Die Zahl der Herkunftsländer der Geflüchteten werde immer größer, da es auf dem afrikanischen Kontinent mehr Konflikte gäbe. Die Inselgruppe liegt näher an der Küste Westafrikas als das europäische Festland. Die Lage lässt sie für viele Menschen, die einen Weg in die EU suchen, greifbar nah erscheinen.

### CARE-Krisenreport

#### Vergessene Krisen 2024

Wenn es keinen Hashtag dazu gibt, ist es dann wirklich passiert? Das, was wir über den Bildschirm, das Internet oder das Radio konsumieren, wird zu unserer Realität. Dinge, von denen wir nichts hören, existieren für uns nicht. Das gilt leider auch für menschliches Leid auf der ganzen Welt. Viele Menschen, die von humanitären Krisen betroffen sind, leiden im Stillen, abseits der öffentlichen Wahrnehmung. Bleiben die Schlagzeilen aus, fehlt es meist auch an finanzieller Unterstützung für Betroffene. Damit fehlt es an konkreten Hilfsmaßnahmen und dem Nötigsten zum Überleben für Menschen in Not. Der jährlich erscheinende [CARE-Krisenreport](#) beinhaltet eine Liste der 10 humanitären Krisen, die keine Schlagzeilen machten.

16

## US-Einwanderungspolitik

### Asylrecht streichen und massenhaft abschieben

Als eine seiner ersten Amtshandlungen entsendet der [neue US-Präsident Trump](#) Militär an die Südgrenze der USA. Das Asylrecht will der Präsident streichen und [Massenabschiebungen](#) starten. Zeitgleich hat der US-Kongress ein umstrittenes Gesetz verabschiedet, das den Umgang mit Migranten ohne gültigen Aufenthaltsstatus deutlich verschärft. Der so genannte [Laken Riley Act](#) verschärft bestehende Regeln, indem er Bundesbehörden ausdrücklich verpflichtet, Betroffene auch für geringfügige Vergehen wie Ladendiebstahl in Einwanderungszentren festzuhalten. Vorher war dies nur bei schweren Straftaten der Fall. Direkt von dort sollen sie so schnell wie möglich abgeschoben werden. Dabei muss die Schuld wegen des konkreten Delikts nicht unbedingt nachgewiesen sein. Ein Verdachtsmoment reicht. Betroffene haben kein Recht auf eine Anhörung zum Vorwurf, Freilassung gegen Kautionszahlung oder eine Prüfung, ob sie tatsächlich ein Sicherheitsrisiko darstellen. Trump unterzeichnete auch ein Dekret, das den automatischen Erhalt der US-Staatsbürgerschaft durch Geburt auf US-Boden beendet.

## Kultur

### Kunst ist nie unpolitisch

#### Neue Leitung für documenta 16

[Naomi Beckwith](#), Chefkuratorin und stellvertretende Leiterin des New Yorker Guggenheim Museums - eines der bekanntesten zeitgenössischen Kunstmuseen der Welt - wird die künstlerische Leitung der nächsten documenta übernehmen. Für viele markiert das nun das Ende einer langen Debatte. Einer Debatte, die mit mehreren antisemitischen Kunstwerken auf der documenta fifteen begann und in der der [Rücktritt der Findungskommission vor einem Jahr](#) nur der letzte Schritt war. Die Debatte hat viele Menschen in Hessen bewegt.

### Wanderausstellung REMEMBR HOUSE

#### Geschichte und Gegenwart der Shoah

Vom 06. bis 27. Februar 2025 wird die Wanderausstellung REMEMBR HOUSE im Kulturrathaus von Gießen ihre Zelte aufschlagen. Sie wird organisiert vom Nationalen Jüdischen Museum in der Partnerstadt Ferrara MEIS (Museo Nazionale dell'Ebraismo Italiano e della Shoah) und der Stadt Gießen. Das REMEMBR HOUSE ist ein begehbare Haus aus nachhaltigen Materialien mit verschiedenen Zimmern mit Gegenständen, QR-Codes und Infotafeln. Sie bilden einen didaktisch-interaktiven Parcours zu Geschichte und Gegenwart der Shoah und beschäftigen sich mit der Frage, wie wir uns fühlen würden, wenn wir plötzlich auf unser Hab und Gut verzichten müssen. „Wie wäre der Verzicht auf unser Zuhause, den Spiegel unserer inneren Welt, und auf unsere Dinge, die Hüter von Erinnerungen, Glück und Leid?“ Die Ausstellung wurde von Preisträgern eines europäischen Wettbewerbs erstellt.

17

## Mehrsprachiger Gedichtband Poesie über Flucht nach Deutschland

Der Band „[Sei neben mir und sieh, was mir geschehen ist](#)“ versammelt 29 Dichterinnen und Dichter, die als Geflüchtete nach Deutschland kamen. Ihre Texte auf Deutsch, Arabisch, Kurdisch, Persisch und Ukrainisch geben Einblicke in ihre Erfahrungen. Der vorliegende Band sei deshalb so wichtig, weil er nicht über, sondern mit den Geflüchteten spricht, [sie selbst sprechen lässt](#), ihnen eine Stimme gibt, die so vielschichtig, komplex und faktenbasiert ist. Ein Gegenmodell zu dem „platten populistischen Getrommel von Teilen der deutschen Zivilgesellschaft und großen Teilen einer Parteienlandschaft, die sich mit ihrer ständigen Abwertung von Menschen selbst unmöglich macht – und leider trotzdem gewählt wird.“

## Persönlichkeiten

### Miray Caliskan „Wer gehört zu Deutschland?“

Miray Caliskan ist Redakteurin des Berliner Tagesspiegel im Ressort Wissen & Forschen. Sie schreibt schwerpunktmäßig über medizinische Themen, am liebsten über das Gehirn und Frauengesundheit. Weil deutsche Politiker Millionen von Menschen das Gefühl geben, nicht dazuzugehören, will sie mit ihrem Text im Tagesspiegel ein Zeichen setzen. Bei ihrer Einbürgerung riet man Caliskan, sich umzubenennen. Heute, inmitten der Debatte um Migration fragt sie sich: [War ich jemals willkommen?](#)

### Frank Allessa Dellé „Würdest Du mich wirklich deportier´n?“

Dellé ist ein deutscher Musiker und einer der beiden Frontmänner der Band [Seed](#). Dellés Vater kam aus Ghana nach Berlin und studierte dort Medizin, die Mutter ist Deutsche. Die Familie zog in den Schwarzwald, danach lebte sie in Ghana, wo Dellé seine Grundschulzeit verbrachte. Auf seiner neuen Single erzählt er, wie ihn der Rechtsruck in Europa erschüttert hat und setzt mit [„Verloren“](#) ein klares Zeichen gegen Rassismus in Deutschland. Dellé will mit seinem Song nicht die große Politik anprangern, sondern auf persönlicher Ebene die Leute adressieren, die sich offen für den Rechtsruck zeigen.



Kontakt Newsletter: Norbert Wenzel, Vielfaltszentrum – WIR im Lahn-Dill-Kreis

[wir@lahn-dill-kreis.de](mailto:wir@lahn-dill-kreis.de), Tel. 064414071487

P.S. Sie haben diesen Newsletter mehrfach erhalten? Leider lässt sich das organisatorischen Gründen nicht immer vermeiden und wir hoffen auf Ihr Verständnis. Sie möchten keinen Newsletter mehr von uns erhalten? Das wäre sehr schade! In diesem Fall genügt eine kurze Mail an uns, damit wir Sie aus dem Verteiler löschen.

Fotos: LDK, privat, [Pixabay](#) und [Pexels](#)

Zur Gleichbehandlung der Geschlechter bemühen wir uns um eine genderneutrale Schreibweise.

## Impressum

Kreisausschuss des Lahn-Dill-Kreises  
Karl-Kellner-Ring 51  
35576 Wetzlar

E-Mail: [info@lahn-dill-kreis.de](mailto:info@lahn-dill-kreis.de)  
Tel.: 06441 407-0  
Fax: 06441 407-1050

Der Lahn-Dill-Kreis ist eine Körperschaft des Öffentlichen Rechts und wird vertreten durch den Kreisausschuss, dieser durch den Landrat Carsten Braun, Anschrift wie oben.

Umsatzsteuer-Identifikationsnummer  
gem. § 27 a Umsatzsteuergesetz: DE 112641364